

Publizist rät der Stadt: „Hände weg von PPP“

Dr. Werner Rügemer referiert beim Hanauer Sozialforum

Hanau (did) ■ „Hände weg von Public-Private-Partnership-Modellen“ empfahl der Kölner Publizist Dr. Werner Rügemer bei einer Diskussion über den „Wettbewerblichen Dialog“, zu der das Hanauer Sozialforum gemeinsam mit der Gewerkschaft Ver.di, die Globalisierungskritiker von Attac, die Parteien Linke und DKP sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung eingeladen hatte. Die Stadt Hanau plant, beispielsweise die neue Stadtbibliothek oder ein mögliches Brüder-Grimm-Kulturzentrum von einem Investor bauen zu lassen und die Räumlichkeiten anschließend zu mieten.

Für Dr. Rügemer ist das ein völlig falscher Weg. „Schon

nach fünf Jahren wird deutlich: Es wird meist doppelt so teuer, als wenn die Kommune selbst gebaut hätte.“ Dies hätten beispielsweise auch Landesrechnungshöfe und der Bundesrechnungshof in einer gemeinsamen Stellungnahme moniert. Städte müssten in der Regel Kredite aufnehmen, um die Mieten, die für einen Zeitraum von 30 Jahren festgelegt werden, aufbringen zu können. Dadurch fielen doppelt Zinsen an - zum einen für den Kredit und zum anderen in den Mietpreisen, in die ebenfalls Zinsen eingerechnet würden.

Wenn ein Investor eine Bibliothek gebaut habe, verkaufe er den Mietvertrag in der

Regel an eine Bank und vereinbare eine so genannte „Forfaitierung mit Einredeverzicht“. Dies bedeute, dass die Kommune keine Ansprüche auf Mietminderung habe, wenn sich Baumängel herausstellten, was leider sehr oft der Fall sei. Rügemer rügte auch die „Geheimhaltung“ der Bau- und Betreiberverträge. „Die Stadtverordneten wissen oft gar nicht, worüber sie abstimmen und welche Kosten auf die Stadt zukommen. Sie entmündigen sich damit selbst.“ Der Publizist riet den Hanauer Bürgern, auf die Offenlegung aller Verträge zu bestehen oder am besten gleich die Finger von PPP zu lassen.

HP: Sa., 15.05.2010